

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Christian Kligen

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Kerstin Radler

Abg. Martina Fehner

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Helmut Markwort

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Ferdinand Mang

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Meinungsvielfalt statt Medienmanipulation: GEZ-Zwangsbeiträge abschaffen"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen bzw. Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten; dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Als Erster hat in dieser Debatte Herr Christian Klingen von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über ein Problem, das es streng genommen gar nicht geben dürfte, wenn die Bayerische Staatsregierung ihrer Aufgabe nachkäme. Artikel 111a der Bayerischen Verfassung regelt die Rundfunkfreiheit und spricht eine klare Sprache:

Der Rundfunk dient der Information durch wahrheitsgemäße, umfassende und unparteiische Berichterstattung [...]

– heißt es da etwa.

Meinungsfreiheit, Sachlichkeit, gegenseitige Achtung, Schutz vor Verunglimpfung sowie die Ausgewogenheit des Gesamtprogramms sind zu gewährleisten.

Tatsächlich, meine Damen und Herren, finden wir in den öffentlich-rechtlichen Medien aber oftmals alles andere als eine unparteiische Berichterstattung und schon gar keine Ausgewogenheit; stattdessen wird Information zur Machtfrage, einseitige Geisteshaltung ersetzt Recherche, linker Moralfetischismus wird zum Dogma erhoben.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Kurz gesagt: Meinungsjournalismus statt objektiver Nachrichtenvermittlung – Relotius lässt grüßen. Wem das nicht passt, wer sich gegen diese Staatspropaganda zur Wehr setzt, ist ein Populist, Rassist oder Rechtsextremist.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Das gilt übrigens auch für Journalisten, die sich gegen den verordneten Mainstream stellen und ihrer Aufgabe als neutraler Berichterstatter verantwortungsvoll nachkommen wollen. Mehr noch: Medienschaffende, die neutral und ausgewogen arbeiten wollen, riskieren, diskreditiert und gemobbt zu werden und im schlimmsten Fall sogar ihren Job zu verlieren. Diese "öffentlich-unrechtliche" Gehirnwäsche müssen die Bürger nicht nur ertragen, sondern auch noch bezahlen.

(Zurufe)

17,50 Euro pro Monat vom Nettoverdienst – für Geringverdiener ist das viel Geld.

Wer sich weigert, sieht sich mit der ganzen Härte des viel zitierten Rechtsstaats konfrontiert – übrigens eine Härte, die man so manches Mal bei illegal eingewanderten Vergewaltigern und Totschlägern sträflich vermissen lässt.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN: Oh! – Weitere Zurufe von der SPD)

Man kann heute offenbar leichter wegen nicht bezahlter GEZ-Beiträge als wegen eines Kapitalverbrechens inhaftiert werden.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) und Alexander König (CSU))

Der Gipfel des Hohns, den sich der Staatsfunk gegenüber seinem Arbeitgeber, dem Bürger, erlaubt, ist allerdings erst kürzlich bekannt geworden. Die Gebühren, die den Untertanen abgepresst werden, gehen nicht nur für exorbitante Gehälter, Selbstbeweihräucherungen mit Fernsehpreisverleihungen, selektive Gästelisten bei Talkrunden

(Zuruf von der SPD)

sowie ein mäßiges Informationsprogramm drauf, sondern sie werden auch auf das Zynischste verschwendet und missbraucht.

(Beifall bei der AfD)

120.000 Euro wurden für ein Gutachten verprasst, das perfektionierte Manipulationstechniken ausgearbeitet hat.

(Alexander König (CSU): Da hat er ausnahmsweise recht!)

Framing – einen Rahmen geben –, ein Begriff, der so harmlos wie nichtssagend daherkommt, obwohl er verdächtig an die Diktion totalitärer Sekten erinnert.

(Unruhe)

Framing, meine Damen und Herren, läuft darauf hinaus, dass der GEZ-Kritiker dafür zahlen darf, sich selbst beleidigen und diffamieren lassen zu müssen,

(Beifall bei der AfD)

und der Bürger hat nicht einmal die Chance, einen fragwürdigen Desinformationsvertrag mit den Staatsmedien aufzukündigen. Beim Framing werden Andersdenkende zu Demokratiegefährdern. Wer das Märchen vom menschengemachten Klimawandel infrage zieht, ist ein Klimaleugner,

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ist er auch!)

obwohl sich mir nicht erschließt, wie man ein Klima überhaupt leugnen kann.

(Beifall bei der AfD)

Wer den Größenwahn und die Verschwendungssucht der EU kritisiert, gilt als Europahasser. Wer eine unkontrollierte, illegale Masseneinwanderung ablehnt, ist selbstverständlich ein Rassist und Fremdenfeind. Wer definiert das Sagbare? – Selbsternannte

Tugend- und Meinungswächter? – Auch Auffassungen abseits des Meinungskorridors der etablierten Parteien müssen in der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ihren Platz finden.

(Beifall bei der AfD)

Das Framing-Gutachten erbringt leider den Beweis, dass Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht nur berechtigt, sondern zwingend notwendig ist

(Beifall bei der AfD)

und dass die Rundfunkgebühren dringend abgeschafft werden müssen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Zwischenfrage? – Nein, Entschuldigung. In der aktuellen Stunde geht das nicht. – Als Nächstem erteile ich Herrn Dr. Marcel Huber von der CSU das Wort.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ich will etwas zurückgehen zur realistischen Betrachtung eines Sachverhalts, über den es durchaus zu reden gilt.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Gestern Abend habe ich den Titel dieser Aktuellen Stunde übermittelt bekommen und dieses von der AfD vorgeschlagene Thema gelesen: "Meinungsvielfalt statt Medienmanipulation: [...]" und mir gedacht: Super, sie haben es verstanden.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich habe weitergelesen und kam zu "[...] GEZ-Zwangsbeiträge abschaffen".

Sehr geehrter Herr Klingen, haben Sie den Begriff "Framing" richtig verstanden? – Unter "Framing" versteht man die Konnotation, und zwar die negative Konnotation, eines Begriffes in der Debatte durch irgendwelche Zusätze. Ich habe gerade von "Staatspropaganda", "Gehirnwäsche", "Desinformationsvertrag", "abgepressten Beiträgen" und "Masseneinwanderung" gehört. Daher weiß ich, dass Sie Framing ganz bewusst einsetzen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich bin aus Ihren Ausführungen nicht ganz schlau geworden und weiß nicht, um was es Ihnen wirklich geht. Wollen Sie den Bayerischen Rundfunk bezüglich seiner Berichterstattung kritisieren, oder wollen Sie etwas in den Mittelpunkt rücken, bei dem es um Geld geht? – Auch ich bekomme in meinem Büro immer wieder Zuschriften von Leuten, die sagen: Diese 17,50 Euro wollen wir nicht zahlen; wir sind damit nicht einverstanden, etc. – Ich sage das bewusst nicht überhöhend, sondern weil ich davon überzeugt bin: Bei dieser Debatte geht es um eine der Grundfesten unserer Demokratie. Im Grundgesetz wurde der wesentliche Begriff der Meinungsfreiheit, insbesondere in der Ausprägung "Rundfunkfreiheit", aufgrund der Erfahrungen des Dritten Reiches definiert; denn im Dritten Reich war Medienmanipulation wirklich Staatsräson.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe von der AfD)

Wir haben damals erlebt, was der Staat ganz bewusst machen kann, um eine "Volksmeinung" allein schon durch die Diktion, durch Verwendung manipulativer Begriffe, durch Überhöhung gewünschter Teilaspekte, durch Weglassen von Fakten, durch bewusstes Lügen herzustellen.

(Zurufe von der AfD)

Der Grundgesetzgeber hat gesagt: Wir müssen alles tun, damit das nie wieder passiert. – Eine der Gegenmaßnahmen war die Gründung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Um diesen geht es heute.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe von der AfD)

Der Verfassungsgeber hat sich da auch zurückgenommen. Er hat es ganz bewusst so eingerichtet, dass er über Bestand und Finanzausstattung nicht selber verfügen kann. Aber er hat, so das Bundesverfassungsgericht, eine Bestands- und Entwicklungsgarantie auf Dauer verordnet; denn der Bestand eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist kein Selbstzweck. Er dient dazu, dass sich der Bürger bei seiner politischen Meinungsbildung und bei seiner Willensbildung, auch bei seiner Wahlentscheidung, eines allgemein verfügbaren Informations-, Bildungs- und Kulturangebots bedienen kann, um sich durch Angebote größter Vielfalt und Ausgewogenheit selbst eine Meinung zu bilden.

Man kann einwenden: Wir haben einen publizistischen und ökonomischen Wettbewerb. Auch das, so sagt das Bundesverfassungsgericht, reicht nicht, um die Meinungsvielfalt sicherzustellen. Wir haben stattdessen den Versorgungsauftrag und den Beitrag zur inhaltlichen Vielfalt als Kernaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Daran muss sich der Bayerische Rundfunk messen lassen.

Es gilt sicherzustellen, dass man hier eben nicht auf Einschaltquoten oder den Einfluss von Werbeaufträgen schießt oder dass sich gar, wie es in manchen Ländern dieser Welt, aber ausdrücklich nicht in Deutschland, stattfindet, Herrscher einen eigenen Sender leisten. Um das zu verhindern, braucht es eine Beitragsfinanzierung, die vom ökonomischen Markt völlig abgekoppelt ist.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Jetzt kann natürlich der Einwand kommen: Wir haben eine digitale Welt, in der so viele Dinge neu hinzugekommen sind – soziale Medien, Digitalisierung –; da braucht es dies gar nicht mehr: Man kann sich doch durch Nachrichtensender der ganzen Welt eine Meinung bilden. – Ich sage Ihnen aber: Jeder private Anbieter muss natürlich auf Reichweite und Klickzahlen achten. Es ist durchaus möglich, dass es hier zu großen Konzentrationen und Monopolisierungstendenzen kommt und dass das allgemeine Meinungsbild, das sich mancher einbildet, der eine etwas verquere Meinung hat, weil er in seiner Filterblase unheimlich viel Resonanz bekommt, nicht stimmt. Das einzige Remedium, das dagegen hilft, heißt: inhaltliche Vielfalt. Deswegen brauchen wir einen unabhängigen, öffentlich kontrollierten, beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gerade deswegen hat er seine Berechtigung. – Werte Kollegen von der AfD, wenn Sie Meinungsvielfalt statt Medienmanipulation wollen,

(Zuruf von der AfD: Genau!)

müssten Sie die größten Befürworter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein, nicht seine Gegner.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich spreche aber nicht nur von den Öffentlich-Rechtlichen. Wir von der CSU bekennen uns ausdrücklich zur dualen Rundfunkordnung, die wir seit 1984 haben. Danach gibt es neben den gemeinnützigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch privatrechtliche kommerzielle Rundfunkangebote. Ich will die Attraktivität der privaten Angebote in keiner Weise infrage stellen. Ihre Ausstattung ist aber von der Einschaltquote und den Werbebeiträgen abhängig. Deshalb können sie einige Leistungen nicht erbringen, die ich für dieses Land für wichtig halte.

Themen und Inhalte, die den kulturellen Reichtum dieses Landes widerspiegeln, können die privaten Sender nicht anbieten, wenn sie lukrativ sein wollen. Sendungen wie "Aus Schwaben und Altbayern", "Frankenschau", "Unter unserem Himmel" usw. wür-

den auf diesen Sendern garantiert nicht stattfinden. Ich möchte diese Sendungen des Bayerischen Rundfunks als Beispiele in den Mittelpunkt rücken; denn dort wird intensiv über Ereignisse berichtet, die in Bayern vor Ort passieren. Im Hörfunk gibt es anspruchsvolle Wortprogramme. "Bayern 2" muss man sich leisten können. Das gilt auch für "B5 aktuell" mit Nachrichten im Viertelstundentakt oder für den Sender "BR-Klassik" mit einem eigenen Sinfonieorchester. Ich verweise außerdem auf den Kanal ARD-alpha und möchte als Präsident des Musikbundes von Ober- und Niederbayern die eigene bayerische Volksmusikwelle "BR Heimat" nennen. Solche Angebote machen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus.

Jetzt sage ich etwas, was Sie wahrscheinlich ganz gern hören werden und wo wir gar nicht so weit auseinanderliegen: Ich stelle an den Bayerischen Rundfunk Forderungen, an denen sich jeder öffentlich-rechtliche Sender, auch das ZDF, jeden Tag messen lassen muss. Ich hoffe, das hören auch alle Redakteure. Das Bundesverfassungsgericht definiert für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Aufgabe, durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen und durch die klare Trennung zwischen Fakten und Meinungen die Wirklichkeit nicht verzerrt darzustellen und die Sensation dabei nicht in den Vordergrund zu rücken. Der Rundfunkstaatsvertrag stößt in das gleiche Horn. Bei der Erfüllung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müssen die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt und die Ausgewogenheit berücksichtigt werden. Diesen Verpflichtungen muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk gerecht werden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Ich möchte das begründen. Dieser Satz gilt nicht nur, weil er in einem Dokument steht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk würde seine Glaubwürdigkeit verlieren, wenn keine Trennung mehr zwischen Nachrichten und Kommentaren stattfände und tendenziös berichtet würde. Hier geht es um die Glaubwürdigkeit und um das Vertrauen der Bürger. Das kontrolliert nicht der Staat.

(Unruhe)

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch eines zurufen: Die Kontrolle obliegt extra staatsfernen Einrichtungen, nämlich dem BR-Rundfunkrat und dem ZDF-Fernsehrat. Wie das in unserer Demokratie ist, sind alle in der Lage, sich an diesen Gremien zu beteiligen. Ich rate daher den Kollegen von der AfD, die im Rundfunkrat vertreten sind: Nutzen Sie dort die Gelegenheit, darauf hinzuwirken, dass im BR Meinungsvielfalt herrscht und keine Medienmanipulation stattfindet. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Maximilian Deisenhofer von den GRÜNEN.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! So wirklich überraschend ist dieses Thema heute nicht auf die Tagesordnung gekommen; denn im AfD-Baukasten für Anträge in Landesparlamenten steht die Diffamierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ziemlich weit oben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ihnen geht es heute gar nicht um eine echte Debatte, sondern lediglich um eine populistische Kampagne. Das kann man schon an Ihrer Wortwahl in dieser Aktuellen Stunde erkennen. Deshalb werde ich mich bewusst kurz fassen.

Eigentlich ist es schade: Wir GRÜNEN sehen den Reformbedarf beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit Jahren und haben diesen schon oft im Rundfunkrat angesprochen. Den Prozess der Strukturoptimierung begrüßen wir ausdrücklich. Mit uns kann man also jederzeit gerne über Reformen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk diskutieren.

Dass Sie heute dieses Thema für die Aktuelle Stunde eingebracht haben, hat meiner Meinung nach ganz andere Gründe. Gerade in Zeiten von Fake News und Filterblasen sind aktuelle, relevante und vor allem richtig recherchierte Nachrichten wichtiger denn je. Diese liefern uns gerade die Öffentlich-Rechtlichen. Deshalb greifen Sie sie an.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Außerdem halten diese Medien Ihnen, wie übrigens uns allen, den Spiegel vor. Natürlich gefällt es Ihnen nicht, wenn ein Parteispendenskandal ans Licht kommt. Viele werden sich an das entlarvende Sommerinterview mit Ihrem Faktionsvorsitzenden im Bundestag erinnern: kein Plan für die Rente, keine Ahnung von der Digitalisierung und die Ignorierung des Klimawandels. – Mir ist klar, dass es Ihnen nicht gefällt, wenn diese inhaltliche Leere öffentlichkeitswirksam belegt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie unterstellen bei jeder Gelegenheit, auch heute wieder, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk keine umfassende, objektive und ausgewogene Berichterstattung liefern würde. Das schreiben Sie auch in Ihrem Wahlprogramm. Stichhaltige Belege bekommen wir jedoch von Ihnen nicht aufgezeigt. Sie haben vor Kurzem im Wissenschaftsausschuss davon gesprochen, dass der Staat auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Einfluss nehmen würde. Dabei scheuen Sie die Nennung überprüfbarer Einzelfälle. Sie möchten uns das vielmehr als einen bestehenden Gesamtzustand verkaufen.

Ihr Spitzenkandidat für die Europawahl, Herr Dr. Meuthen, spricht gar davon, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk kein Korrektiv für Legislative, Exekutive und Judikative mehr sei, sondern mehr und mehr zu deren politischem Sprachrohr verkomme. Er zieht dann noch nahtlos den Vergleich zum Rundfunk der DDR. Ich frage mich schon, wie solche Anwürfe und Beschuldigungen ohne konkrete Beispiele vorgebracht werden können. Das ist für mich Manipulation.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Hier geht es nicht um eine Kritik an Teilen des Programms oder an der Mittelverwendung in bestimmten Bereichen, eine Kritik, die immer ausgesprochen werden kann. Ihnen geht es darum, einer Institution insgesamt zu schaden, und damit schaden Sie unserer Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie stellen sich selbst nur allzu gern als Opfer dar. Auch heute sind bei Ihnen mal wieder die "bösen Medien" schuld. Die ungeschminkte Wahrheit kann auch einmal weh tun. Sie müssen diese Wahrheit über Ihre Partei aushalten und sollten nicht mit Fake News dagegen ankämpfen oder bei öffentlicher Kritik beleidigt den Saal verlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Kurz zusammengefasst: Ein klares Ja zum Reformwillen, ein klares Ja zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und ein klares Nein zu dieser populistischen Kampagne der AfD.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich Frau Kollegin Kerstin Radler von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Medienmanipulation abschaffen, das ist das erklärte Ziel der AfD mit ihrer Aktuellen Stunde. Aber genau das Gegenteil erreichen Sie mit Ihrem Wunsch, die Rundfunkbeiträge abzuschaffen. Schon in Ihrer Wortwahl kommt zum Ausdruck, dass die AfD eine rückwärtsgewandte Politik betreibt. Hier handelt es sich nämlich nicht um einen Zwang, sondern um einen solidarischen Beitrag gegen Manipulation und für freie Medien und Meinungsvielfalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

Wir FREIEN WÄHLER bekennen uns daher auch weiterhin klar zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinem vielfältigen und reichhaltigen Angebot im Hörfunk, im Fernsehen und im Internet. Er ist für uns ein hohes Gut der Demokratie. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stehen für die notwendige Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Informationen und sind damit ganz wesentlich für das Funktionieren unserer demokratischen Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

Nicht zufällig entstand der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als Gegenentwurf zu einem zentralistisch organisierten Staatsfunk, der eben nicht zur neutralen Berichterstattung verpflichtet war, sondern im Nationalsozialismus als Propaganda-Instrument fungierte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

Unsere demokratische Gesellschaft braucht daher auch weiterhin unabhängige Medien, die weder von politischen noch von wirtschaftlichen Interessen abhängig sind, in denen der Staat nicht restriktiv agiert und diktiert, wie das Programm gestaltet wird. Dazu gehört auch das Prinzip der Solidarität. Die Rundfunkgebühren sind demnach keine Zwangsgebühren, sondern basieren auf einem solidarischen Modell mit dem Ziel, möglichst große Gerechtigkeit bei der Finanzierung zu gewährleisten. Sie sind notwendige Rahmenbedingungen, damit sich die Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens auch in einem vielfältigen Programmangebot wiederfinden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

"Solidarisch" bedeutet, dass alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Institutionen und Einrichtungen des Gemeinwohls in Deutschland einen Beitrag dazu leisten und dass jeder davon profitieren kann. Dass dies verfassungsgemäß ist, hat sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Europäische Gerichtshof bestätigt.

Für uns ist aber auch klar, dass die öffentlich-rechtlichen Anstalten verpflichtet sind, sich stets weiterzuentwickeln. Sie müssen den Bedürfnissen und Interessen der Gesellschaft folgen. Das ist deshalb so wichtig, damit die Anstalten gegenüber der Öffentlichkeit transparent erklären können, wie sie arbeiten und warum wir sie brauchen. Sie sollen einen unabhängigen Journalismus gewährleisten, der sich durch Qualität, Transparenz und Neutralität auszeichnet. Für eine kontinuierliche Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sorgen, sehen wir FREIE WÄHLER auch als politische Aufgabe. Für uns stehen daher Fragen der Sozialverträglichkeit, also faire und gerechte Lösungen für alle, ebenso im Fokus wie die Anpassung der Anstalten und ihrer Organisation an die Bedürfnisse einer modernen digitalen Welt.

Auch die stetige Prüfung der Zusammensetzung der zentralen Rundfunkgremien ist uns gerade angesichts gesellschaftlicher Veränderungsprozesse ein zentrales Anliegen. Dazu gehört es auch, Kritik ernst zu nehmen. Kritik und Fragen der Bürgerinnen und Bürger zur Höhe und zur Verteilung der Rundfunkgebühren, aber auch zur Programmgestaltung, beispielsweise im Hinblick auf Fußballrechte oder aufwendige Galashows, können wir nicht einfach ignorieren. Wir müssen sie ernst nehmen. Dazu müssen die Debatten in den Rundfunkräten, aber auch im Parlament intensiviert werden. Nur so erreichen wir eine breite Akzeptanz. Nur so können wir den Kritikern etwas entgegenzusetzen.

Spricht man mit Gegnern über den Beitrag, so wird schnell klar, dass es sich bei der Kritik um einen verlagerten Kriegsschauplatz handelt, auf dem die öffentlich-rechtlichen Medien als Schuldige für etwas herhalten müssen, was sonst in der Gesellschaft oder auch im eigenen Leben schief läuft. Die Kritik ist vielmehr die Stellvertretung für einen Protest, in dem sich eine Abkehr von Politik und Gemeinschaft ausdrückt. Nicht selten kommt es vor, dass denen, die bereits aus der Gemeinschaft ausgestiegen sind, und denen, die die Presse grundsätzlich für eine Lüge halten, gefolgt wird. Mit der Ablehnung wird nicht selten ein allgemeines Misstrauen gegen Staat, System und Medien ausgedrückt. Gerade aus diesem Grund passt diese Aktuelle Stunde zur AfD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die AfD steht gerade für diese Geisteshaltung. Sie hat es perfektioniert, mit den Ängsten unserer Gesellschaft zu spielen. Genau dem müssen wir entgegenwirken. Was wäre die Konsequenz? – Wenn man an die Inszenierung und Hetze der NS-Propaganda denkt, ist klar: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss unabhängig bleiben und von der Gemeinschaft finanziert werden. Selbstverständlich ist es richtig, dass wir mit Steuern Infrastruktur wie Straßen, Kindergärten und Schulen bauen. Nicht weniger wichtig ist es aber, dass wir vom Staat und der Wirtschaft unabhängige Medien finanzieren.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, denken Sie an Ihre Redezeit.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Diese Medien sollten die Bürgerinnen und Bürger so objektiv und umfassend informieren, dass sie in der Lage sind, nach bestem Wissen und Gewissen die richtigen Entscheidungen für uns und für die Zukunft unserer Kinder zu treffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Frau Martina Fehlner von der SPD.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Halten wir fest: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in der dualen Medienlandschaft eine ganz wichtige Stellung und eine hohe Verantwortung für unsere demokratische Gesellschaft. Die Menschen in unserem Land haben gerade in Zeiten, in denen Fake News an der Tagesordnung sind und gezielte Falschmeldungen unsere politischen Debatten bestimmen, ein Recht auf sorgfältig recherchierte Nachrichten und authentische Meldungen und Berichte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Als der Bayerische Landtag 2011 mit überwältigender Mehrheit der sogenannten Haushaltsabgabe zugestimmt hat, war für uns, die SPD-Landtagsfraktion, entscheidend, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt werden. Das heißt, die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss nachhaltig gesichert bleiben. Gleichzeitig muss den sich verändernden Mediengewohnheiten der Menschen Rechnung getragen werden. Ich nenne das Stichwort "Medienkonvergenz".

Wir sehen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in einer Reihe mit anderen unverzichtbaren Einrichtungen zur Grundversorgung durch den Freistaat. Kinderbetreuungseinrichtungen oder Opernhäuser werden auch nicht von allen genutzt, die für sie finanziell aufkommen; und genauso lässt sich die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch die Gesellschaft als verpflichtend rechtfertigen, und zwar nicht erst dann, wenn es zu einem Marktversagen gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Studien belegen, dass sich die Menschen überall dort, wo ein starker und unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk besteht, besser informiert fühlen; und sie sind es auch.

Kolleginnen und Kollegen, das Fernsehen ist trotz Internet nach wie vor das Leitmedium in unserer Gesellschaft. Das Fernsehen hat die größte Reichweite und den stärksten Einfluss auf die Meinungsbildung und stellt Informationspluralität in unserer Gesellschaft sicher. Kein privater Fernsehanbieter hat auf überregionaler Ebene ein so dichtes Korrespondentennetz aufgebaut, wie es glücklicherweise die öffentlich-rechtlichen Anbieter haben. Die Frage ist: Wie sichern wir auch in Zukunft einen starken, unabhängigen und vielfältigen Qualitätsjournalismus? Dabei muss uns klar sein, dass die Herstellung von Öffentlichkeit ein unverzichtbarer Wert für unsere Gesellschaft ist, und dies auch für Menschen, die nicht fernsehen. Ich darf daran erinnern, dass das Bundesverfassungsgericht aus gutem Grund private Rundfunkveranstalter in Deutschland

nur unter dem Vorbehalt zugelassen hat, dass es weiterhin einen konkurrenzfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk geben muss.

Qualität hat allerdings ihren Preis. Sie ist nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb brauchen wir Rundfunkbeiträge. Gleichzeitig sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten angehalten, Sparmaßnahmen durchzuführen und Kooperationen einzugehen, wo immer es möglich ist. Ein Beispiel sind große Sportveranstaltungen.

Vieles bleibt permanent auf dem Prüfstand. Die SPD-Landtagsfraktion hält 200 Euro pro Jahr für jeden Haushalt für gut investiertes Geld in den Erhalt einer demokratischen Öffentlichkeit und Gesellschaft. So soll es auch bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gefährdet den Frieden nicht. Er ist eine große Errungenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Er ist ein hohes Gut und hat dem sozialen Frieden in unserem Land gedient. Gerade weil der freie Meinungsbildungsprozess im Netz nicht gewährleistet werden kann, gerade weil der Gefahr von Missbrauch und Manipulation durch intransparente Selektionsprozesse von Plattformen wie Facebook und YouTube nur mit journalistischer Qualität entgegengewirkt werden kann, gerade deshalb ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk unverzichtbar – ja, unabdingbar. Deshalb halten wir an ihm fest.

Er muss sich natürlich auch zu einer konkurrenzfähigen öffentlich-rechtlichen Plattform weiterentwickeln können. Auch in Zukunft wird die SPD-Landtagsfraktion auf eine solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Wert legen. Unsinnige Scheindebatten über vermeintliche Zwangsgebühren überlassen wir dabei gerne anderen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei der Rednerin. – Ich darf Herrn Abgeordneten Helmut Markwort aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege.

Helmut Markwort (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was die AfD verlangt, ist radikal. Sie will das in Deutschland erfolgreiche duale System zerstören. Das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Medien ist aber sinnvoll und erhaltenswert. Leider hat sich das Gleichgewicht verschoben. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk vernachlässigt seinen Auftrag, in seinen Programmen vor allem der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung zu dienen. Für diese Aufgabe sind die öffentlich-rechtlichen Anstalten großartig subventioniert, allein mit 7,9 Milliarden Euro aus Gebühren. Dazu kommt noch eine Milliarde aus anderen Quellen wie Werbung, Immobilien und dergleichen. Diese fantastische Summe garantiert den Sendern die Unabhängigkeit und die Freiheit, nicht auf Massengeschmack und Einschaltquoten schießen zu müssen. – Sie tun es trotzdem und verzerren damit den Wettbewerb. Sie missachten ihren gesetzlichen Auftrag und lassen gleichzeitig private Wettbewerber als "medienkapitalistische Heuschrecken" beschimpfen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Beleidigung steht in einem Wörterbuch der Diffamierung, das die AfD – die ARD

(Heiterkeit)

für 120.000 Euro hat entwerfen lassen. Das sind 120.000 Euro zweckentfremdete Gebührengelder und 120.000 Euro gegen einen fairen Wettbewerb im dualen System. Dabei fordert ein Intendant nach dem anderen eine Erhöhung der Beiträge. Wir lesen die Drohung, es müsse am Programm gespart werden, und wir hören die lauten Träume, künftige Erhöhungen könnten automatisch erfolgen, angelehnt an einen attraktiven Index und natürlich unter Umgehung der zuständigen Landesparlamente. Diese Reihenfolge ist falsch. Wir Freien Demokraten werden sie nicht akzeptieren. Zuerst müssen wir über eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reden und entscheiden und dann erst als Konsequenz über die notwendige Finanzierung.

Die Schwachstellen des Systems sind offenkundig. Die ARD produziert 22 TV-Programme und 67 Radioprogramme, verbreitet sie unkontrolliert im Netz. Viele sind austauschbar, ja sogar verwechselbar und nach kommerziellen Maßstäben formatiert.

(Zuruf)

Hier ist besonders der bayerische Gesetzgeber gefordert. Mit Gewinnspielen und Sponsoring klingen die Massenprogramme des BR ganz bewusst wie private Sender. Informationen und Wortbeiträge werden zurückgedrängt, damit der Werbewirtschaft hohe Reichweiten nachgewiesen werden können.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Gleichzeitig verschenken die Sender Geld. Sie füttern private Wettbewerber wie YouTube und Instagram kostenlos mit ihren Programmen und subventionieren damit die privatwirtschaftliche Konkurrenz.

Die knappe Redezeit erlaubt mir nur einige Hinweise auf Missbildungen im öffentlichen System.

(Zurufe von der SPD: Oje! – Florian von Brunn (SPD): Stammtisch statt Fakten!)

Es gibt unzählige Beispiele dafür, dass Sendungen, die dem Verfassungsauftrag entsprechen, in nächtliche Zeiten verschoben werden. Das Gebot für die Grundversorgung gilt aber auch für die Hauptsendezeiten. Das ZDF muss sich fragen lassen, ob es die Ausstrahlung von 3.000 Krimis im Jahr – 3.000! – wirklich seriös begründen kann.

Abenteuerlich ist nach wie vor die Senderkonstruktion innerhalb der ARD. Warum muss der bayerische Gebührenzahler mit seinen 17,50 Euro nach wie vor die Zwergsender Saarländischer Rundfunk und Radio Bremen künstlich beatmen?

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Sie sind nicht lebensfähig.

(Unruhe)

Sie sind komplett organisiert, verfügen über alle Gremien und reisen zu allen Sitzungen der ARD, liefern aber so gut wie keine Sendungen. Ihre Beiträge zum Gemeinschaftsprogramm der ARD gehen gegen null.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Der Saarländische Rundfunk darf als Alibi die Ziehung der Lottozahlen organisieren und ist zuständig für die Produktion von Trailern, also Programmhinweisen. Diese lässt er von einer Tochter-GmbH herstellen, die auch jeder andere Sender beauftragen könnte.

(Anhaltende Unruhe)

Erst wenn diese Auswüchse von Geldverschwendung beseitigt sind, können wir über Gebühren diskutieren. Im Programm der FDP steht, dass diese nach einer vernünftigen Reform gesenkt werden können. Darüber reden wir dann in diesem Haus und in den anderen Landesparlamenten. Wir sind dafür zuständig, und wir wollen es bleiben. Drohungen können uns nicht einschüchtern.

Die ARD, die gern Staat im Staate spielt, hat schon Warnschüsse abgefeuert. Falls nicht alle 16 Landtage in ihrem Sinne abstimmen, will der Vorsitzende der ARD das Verfassungsgericht anrufen. – Eine solche Entmachtung werden wir uns nicht gefallen lassen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und der AfD – Zurufe von der AfD: Jawohl!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Redner. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, nächster Redner ist Herr Prof. Dr. Winfried Bausback. Herr Kollege Bausback, ich darf um Ihre Rede bitten.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Geht man über das Framing der AfD, über den gedopten verbalen Kraftsport, den der Kollege hier getrieben hat, einmal hinweg, dann bleibt doch in der Sache eine Forderung der AfD übrig: Die AfD will die Rundfunkbeiträge abschaffen – und damit letztlich unser duales Rundfunksystem. Dieses Vorgehen erinnert mich an das Vorgehen von zwei sehr berühmten Männern, von Herbert Statler und Charles Waldorf. Ich weiß nicht, ob die Ihnen ein Begriff sind. Kollege Reiß kennt sie als Vater sicherlich. Das sind die beiden älteren Herren, die in der Muppet Show auf dem Balkon sitzen – böse und destruktiv. Mit dem Geschehen auf der Bühne wollen sie nichts zu tun haben, aber sie machen sich mit beißender Kritik bekannt.

Meine Damen und Herren, genauso macht es die AfD. Sie will die Rundfunkbeiträge abschaffen. Sie sagt aber nicht, was dann letztlich anstelle des bestehenden dualen Systems stehen soll.

(Zuruf von der AfD)

Dabei wird ignoriert, in welcher Situation unsere freie Gesellschaft und unser Staat heute sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im März 2018 hat sich die kleine Firma Cambridge Analytica unrechtmäßig Daten von Millionen von Facebook-Nutzern besorgt und offensichtlich Einfluss auf einen Wahlkampf, auf einen demokratischen Prozess genommen.

Meine Damen und Herren, 94 % aller Deutschen informieren sich heute mehr oder weniger über Google. Eine weitere Entwicklung: Mark Zuckerberg will die Messenger-Dienste von Facebook, WhatsApp und Instagram zusammenlegen. 2,5 Milliarden

Menschen werden so zu Informationsquellen. Die US-amerikanische Professorin Cathy O'Neil spricht von Logarithmen als möglichen mathematischen Massenvernichtungswaffen.

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung lebt vom demokratischen Prozess. Das hat das Bundesverfassungsgericht jüngst wieder unterstrichen. Dieser Prozess – da kann man nicht darüber hinweggehen – ist von diesen Entwicklungen massiv bedroht. Ich möchte nicht sagen, dass unser duales Rundfunksystem der einzige bzw. einzig wirksame Ansatz ist. Es ist aber ein Ansatz, um hier etwas entgegenzusetzen, mal unabhängig von Kritik im Einzelnen. Diese Kritik müssen wir alle natürlich über die entsprechenden Gremien üben.

Ein freier Staat und eine freie Gesellschaft brauchen das Institut eines freien Rundfunks und einer freien Presse. Wer fordert, dies abzuschaffen, ohne einen eigenen Ansatz zu haben, will letztlich nicht mehr und nicht weniger, als unsere freie Gesellschaft ein Stück wehrloser zu machen. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zuruf von der AfD)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet eine Grundversorgung an Information, Kultur und Unterhaltung, aber auch einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte in unserer freien Gesellschaft. Dieser Auftrag zur Grundversorgung ist heute – davon bin ich überzeugt – wichtiger denn je, genauso wichtig wie die Auseinandersetzung mit den Dingen, die man sicherlich immer auch ein Stück weit besser machen kann. Ich glaube, alle demokratischen Parteien sind sich darin einig, dass ein Reformprozess des öffentlich-rechtlichen Rundfunks notwendig ist.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns aber genauso darüber einig sein, dass eine freie Gesellschaft einen freien Rundfunk braucht und dass das duale System bei allen Kritikpunkten im Einzelnen ein Garant unserer freien Gesellschaft ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Prof. Dr. Bausback, ich bedanke mich für Ihr Wort und darf als Nächsten Herrn Kollegen Ferdinand Mang von der Fraktion der AfD aufrufen. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Als ich in jungen Jahren zum ersten Mal den Film "Matrix" gesehen habe, wäre es mir im Traume nicht eingefallen, dass dieser Film eines Tages in bizarrer Art und Weise Realität werden könnte. In diesem Film wird die Welt von Maschinen beherrscht, eine Welt, die im ewigen Dunkel liegt und von einem apokalyptischen Krieg verwüstet wurde. Die Menschen sind in sargähnlichen Behältern gefangen und an Maschinen angeschlossen. Dort leben sie in einer Traumwelt und glauben, in unserer Realität zu leben. Sie wissen von ihrer Gefangenschaft nichts und sind der festen Überzeugung, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

(Unruhe bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Es ist ziemlich aufwendig, zuerst einen apokalyptischen Krieg zu führen,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Da müssen Sie sich bei Ihren Fraktionsvorsitzenden beschweren!)

um dann die Menschen in Behälter zu sperren und an Maschinen anzuschließen, um diese dann endlich in einer Traumwelt kontrollieren zu können. – Nun, die ARD hat einen effizienteren Weg gefunden:

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Die AfD!)

die Manipulation des Geistes durch Suggestion. Das Stichwort lautet Framing. Von der Effizienz dieser Methode ist die ARD so überzeugt, dass sie sich für schlappe

120.000 Euro eine Gebrauchsanweisung hat anfertigen lassen. Framing zählt nicht ohne Grund zu den effektivsten Methoden der Manipulation. Das Perfide an dieser Methode ist, dass das Opfer den Angriff auf seinen Willen nicht bemerkt.

(Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Das zeigt – das möchte ich auch der Kollegin von der SPD, Frau Fehlner, sagen –, dass die Gefahr nicht gebannt ist, sondern durchaus ernst zu nehmen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Das aktuelle Gutachten zeigt die weitere Marschrichtung der ARD. Andersdenkende werden wortwörtlich als "Gegner" eingestuft, die Kritiken als "orchestrierte Angriffe", die nicht mit puren Fakten, sondern mit moralischen Frames zu bekämpfen sind.

Nun, da stellt sich doch die Frage, ob denn eine solche Programmgestaltung vom gesetzlichen Auftrag gedeckt ist. Nach § 11 Absatz 1 des Rundfunkstaatsvertrags sind die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verpflichtet, die demokratischen, sozialen Bedürfnisse der Gesellschaft im Rahmen einer freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung zu erfüllen. Ich glaube nicht, dass die Gesellschaft das demokratische Bedürfnis hat, sich unbewusst die Moralvorstellungen der üppig bezahlten Programmdirektoren in den Verstand einpflanzen zu lassen. Doch diese Gehirnwäsche wird mit dem Slogan "Kontrollierte Demokratie statt jeder, wie er will" legitimiert. Auch soll die Moral die Fakten überwiegen. Nur: Von Moral ist im Rundfunkstaatsvertrag nichts zu lesen, aber von freier Meinungsbildung.

Insoweit kann ich mich nicht den Ausführungen des Herrn Kollegen anschließen. Die Ausgaben und die darauf aufbauenden Manipulationstechniken stehen folglich im krassen Widerspruch zum gesetzlichen Auftrag und verstoßen damit gegen den Rundfunkstaatsvertrag. Aus diesem Grund fordern wir die Regierung auf, gegen diesen Missbrauch der Zwangsgebühren im Rahmen der Rechtsaufsicht einzuschreiten.

Zudem zeigt sich überdeutlich, dass diese GEZ-Zwangsgebühren abgeschafft werden müssen. Wir fordern daher auch alle Bürger auf, das laufende Volksbegehren "Bürger-Rundfunk" zur Abschaffung der Zwangsgebühren zu unterzeichnen. Denn entgegen den Ausführungen von Frau Radler handelt es sich um Gebühren, die mit Zwangsmitteln eingetrieben werden. Insoweit möchte ich auch Herrn Markwort und Herrn Bausback widersprechen. Wir wollen nicht das duale System zerstören, sondern wir wollen es reformieren. Das ist Ziel des Begehrens "BürgerRundfunk".

Zudem verstößt Framing gegen Artikel 2 und Artikel 5 des Grundgesetzes. Insoweit ist auch Herr Deisenhofer von den GRÜNEN zu widersprechen; denn hier gefährdet gerade Framing auch die Demokratie. Wenn der freie Wille durch Manipulationstechniken von öffentlich-rechtlichen Anstalten gebrochen wird, ist der Kernbereich dieser Grundrechte erschüttert. Ohne freien Willen gibt es keine freie Entfaltung der Persönlichkeit und kann auch eine Meinung nicht mehr frei gebildet und damit geäußert werden. Damit offenbart die ARD ihre verfassungsfeindliche Haltung.

Damit komme ich zum Ende. Die ARD verstößt gegen geltendes Recht. Das Gutachten zeichnet eine finstere Dystopie gleichgeschalteter, fremdgesteuerter Menschen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Doch wie im eingangs erwähnten Science-Fiction-Film gibt es auch in unserer Realität Hoffnung, nur mit dem Unterschied, dass unsere Pille nicht rot, sondern blau ist und die Heimat des Widerstands nicht Zion heißt, sondern – Sie erraten es – AfD.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): O mein Gott!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Mang. – Seitens der Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, sehr geehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das duale Rundfunksystem ist eine Erfolgsgeschichte, und zwar ganz besonders in Bayern. Wir haben eine einzigartige Vielfalt an Radio- und TV-Angeboten, öffentlich-rechtlich und privat, und darauf sind wir auch stolz. Die Bayerische Staatsregierung bekennt sich daher ganz ausdrücklich zu beiden Säulen unseres dualen Rundfunksystems. Der Bayerische Rundfunk ist mit seinen einzigartigen Angeboten bei Information, Kultur, Bildung und Unterhaltung ein Aushängeschild des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in ganz Deutschland. Gerade im Digitalzeitalter lohnt es sich, für einen solchen öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu kämpfen. Der hohe Anteil von in Format oder Qualität einzigartigen regionalen Informations- und Kulturangeboten hebt sich nämlich auffällig von den privaten Rundfunkveranstaltern ab. Das ist die Stärke gerade des Bayerischen Rundfunks mit seinem konstant hohen Anteil von über 50 % an Information, Bildung und Kultur. Gerade für Bayern mit seiner besonderen regionalen Verwurzelung ist diese identitätsstiftende Wirkung elementar.

Deshalb lautet meine klare Botschaft: Die Rechtfertigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist der Grundversorgungsauftrag, und die Wahrung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist das Vertrauen in seine Objektivität. Das einzig zulässige Kriterium für Kritik ist die Qualität. Der Markt allein sorgt eben nicht für Vielfalt; das muss man sich immer bewusst machen. Kann man sich zum Beispiel vorstellen, dass Netflix "Monaco Franze" produzieren würde oder dass Netflix Nachrichten aus Teilen von Bayern senden würde? – Nein, natürlich nicht. Deshalb ist die Grundversorgung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine wichtige Säule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage ausdrücklich dazu – es wurde auch schon in der Debatte angesprochen –: Die Gründung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist eine unmittelbare Reaktion auf staatliche Meinungsmache im Dritten Reich. Ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist daher ein zentrales Element unserer Nachkriegsordnung in Deutschland. Weil es hier offenbar Missverständnisse bei Ihnen, Herr Klingen, von der AfD gibt, betone ich: Es ist eben kein Staatsrundfunk. Das ist eine völlig andere Konstruktion. Das

öffentlich-rechtliche System ist eben kein staatlicher Rundfunk. Das sollten Sie sich einfach einmal überlegen, bevor Sie sich überhaupt zu diesem Thema äußern.

Ich sage dazu: Eine qualitativ hochwertige, unparteiliche und objektive Berichterstattung, die sich von den algorithmusgesteuerten Angeboten des Internets absetzen hat, ist die beste Entwicklungsgarantie im öffentlich-rechtlichen Bereich. Dem beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk obliegt laut Bundesverfassungsgericht "die Aufgabe, [...] durch authentische, sorgfältig recherchierte Informationen, die Fakten und Meinungen auseinanderhalten, die Wirklichkeit nicht verzerrt darzustellen und das Sensationelle nicht in den Vordergrund zu rücken, vielmehr ein vielfaltsicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht zu bilden."

Dafür brauche ich nicht die AfD, sondern das Bundesverfassungsgericht hat das in seiner ständigen Rechtsprechung immer wieder betont, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Also ist es der gesetzliche Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen. Entsprechende Vorgaben enthalten auch die Rundfunkgesetze der Länder, wie zum Beispiel das Bayerische Rundfunkgesetz, und der ZDF-Staatsvertrag.

Natürlich passieren überall dort, wo Menschen tätig sind, auch Fehler. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht besonders im Fokus und muss besonderen Ansprüchen gerecht werden. Ich betone nochmals: Die Begründung für die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist der Gedanke der Grundversorgung, der Medienvielfalt. Die Qualität ist die Währung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, um Vertrauen in seine Objektivität und Überparteilichkeit zu schaffen. Das Ziel ist es, in der Berichterstattung der Sendungen der Wahrheit so nahe wie möglich zu kommen. Wichtig ist natürlich auch, dass die Rundfunkanstalten offen eingestehen, wenn

Fehler gemacht wurden. Eine offene Fehlerkultur kann man selbstverständlich einfordern, um hier und dort erschüttertes Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Kontrolle des Rundfunks, der Geschäftsführung und des Intendanten, der die Verantwortung für die gesetzmäßige Erfüllung des Auftrags hat, obliegt – das möchte ich noch einmal deutlich betonen – nicht dem Bayerischen Landtag, sondern politisch unabhängigen Kontrollgremien wie dem Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks oder dem ZDF-Fernsehrat. Die Gremienmitglieder sind nicht an Weisungen gebunden. Sie vertreten die Interessen der Allgemeinheit. Die Gremien repräsentieren nicht einzelne Parteien, auch nicht die Regierung, sondern ein breites Spektrum politischer und weltanschaulicher Gruppierungen. So sind im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks alle Fraktionen des Bayerischen Landtags vertreten. Herr Mang, die Kritik, die Sie vorhin geäußert haben, betreffend das schöne juristische Gutachten, können Sie gerne dort vorbringen, wo sie vorzubringen ist. Wenn Sie dort kein Mitglied sind, dann kann das vielleicht ein Kollege machen. Das ist aber kein Thema für die Debatte im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine klare Antwort auf Ihre Überschrift der Aktuellen Stunde lautet: Bestand und Finanzausstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stehen nicht zur Disposition. Die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks würde die Meinungsvielfalt in unserem Land dramatisch einschränken. Diese wohlfeile, billige und populistische Forderung, nämlich die Abschaffung der "GEZ-Zwangsbeiträge", ist verfassungswidrig und schlichtweg ausgeschlossen. Wenn man sich für unser öffentlich-rechtliches System mit dem öffentlich-rechtlichen Grundauftrag entscheidet, dann ist der Auftrag die Definition dafür. Für die Erfüllung des Auftrags ist es notwendig, die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von der AfD: Sie werden ja nicht erfüllt!)

Das ist im System so begründet. Wenn man geringere Beiträge zahlen möchte, muss man über den Auftrag diskutieren. Es ist aber völlig unsinnig, über das öffentlich-rechtliche System zu sprechen, wenn man gleichzeitig die GEZ-Beiträge abschaffen möchte. Reden Sie den Leuten keinen Unsinn ein! Wer die Beiträge abschaffen will, will in Wahrheit den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen.

(Zuruf von der AfD: Das stimmt doch gar nicht! Das ist eine Unterstellung!)

Wer den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen will, will das duale Rundfunksystem abschaffen. Somit will man sich für die Beseitigung der Medienvielfalt und für die Förderung der Medieneinfalt einsetzen. Das passt zwar besser zur AfD, aber nicht zu unserer freiheitlichen Demokratie.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich plädiere daher sehr stark dafür, dass wir uns auch weiterhin für die vielfältige Rundfunklandschaft in unserem Land einsetzen. Bei aller berechtigten Kritik ist eine offene Auseinandersetzung wichtig. Aber vom Prinzip her gibt es ein klares Bekenntnis zum dualen Rundfunksystem, zum öffentlich-rechtlichen System in unserem Land.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.